

Protokoll zur Bürgerversammlung am 25. August 2009,
im Pfarrheim Christ-König,
Köln-Longerich, Altonaer Straße 61, 50737 Köln

Organisatoren: Bürgerverein Köln-Longerich e.V. und
Bürgerinitiative „Wohnen und Umwelt“ Kölner Norden e.V.

Teilnehmer: Herr Jürgen Roters (SPD), Herr Dr. Martin Müser (FW-KBB), Herr Ralph Sterck (FDP),
Herr Horst Thelen (Die Grünen), Herr Christian Möbius (CDU)
Herr Möbius vertritt den ursprünglich eingeladenen OB-Kandidaten der CDU, Herrn Peter Kurth

Moderation: Herr Helmut Frangenberg

Die Versammlung (Beginn 19:35) wurde eröffnet durch Herr Eduard Korn, Wilhelm Schlösser und Herrn Frangenberg

Unter anderem wurde mitgeteilt, dass die gesamte Veranstaltung per Video aufgezeichnet wird; alle Anwesenden auf dem Podium hatten im Vorfeld ihre Einwilligung hierzu erteilt.

Herr Frangenberg erklärte den geplanten Ablauf der Veranstaltung. Demnach würde er den Podiumsteilnehmern zuerst einige durch die Veranstalter vorbereitete Fragen stellen, danach wären dann Fragen aus dem Publikum erwünscht.

Punkt 1 (außerplanmäßig). Übergabe einer Unterschriftenliste gegen den Abbau der Ampel unmittelbar vor der katholischen Grundschule Köln Longerich, Longericher Hauptstraße.

Hintergrund: Die Ampel an der Grundschule Köln Longerich wurde ohne Wissen der Bürger, der Betroffenen, von der Verwaltung abgebaut und ersetzt durch eine aufwendige Insel incl Zebrastreifen, aber ohne Ampel. Hierzu schilderten Vertreter der Elternpflegschaft der katholischen Grundschule, wieso aus ihrer Sicht dies eine falsche Entscheidung sei und überreichten dem Podium eine Unterschriftenliste mit ca. 710 Unterschriften von Eltern und Bürgern, sowie Kopien von Briefen (44 Stück) der Schüler der Klassen 4a+4b an den Verkehrsminister NRW. In diesen Briefen, teilweise mit Bildern, schildern die Schüler auch ihre Ängste, die sie ohne Ampel haben und fordern den dauerhaften Wiederaufbau der Ampelanlage. Die Veranstalter nahmen die Unterschriftenliste und die Briefe entgegen und sagten zu, diese in Kopie an alle Podiumsteilnehmer zu versenden.

Die Frage an die Politiker:

Wie kann solch ein Vorgang erfolgen (dass die Verwaltung eine Maßnahme umsetzt, obwohl es eine anders lautende Entscheidung der Bezirksvertretung Nippes gab und ohne Beteiligung der Bürger und der Betroffenen)?

Wie soll die Verwaltung in Zukunft mit dem Bürger umgehen?

Soll die Ampel neu, dauerhaft installiert werden zur Sicherheit der Schulkinder?

Herr Roters: Die Ampel soll auf Dauer installiert werden. Die jetzige provisorische Anlage steht dort für 3 Monate und in dieser Zeit wird die Entscheidung fallen. In bestimmten Teilen der Verwaltung fehle es an Bürgernähe.

Herr Thelen: Es soll eine Prüfung in Zusammenarbeit mit der Schule erfolgen, welche Art von Anlage dort sinnvoll ist.

Herr Sterck: Er ärgert sich hier auch über die Verwaltung. Die Ampel soll installiert werden, auch um das subjektive Sicherheitsbedürfnis der Betroffenen zu erfüllen

Herr Dr. Müser: Die Bezirksvertretung entscheidet über diese Anlage. Dieses Beispiel zeigt deutlich das Eigenleben und die Ignoranz der Verwaltung gegenüber den Bürgern. Er fordere eine Bürgerbeteiligung bei solchen Aktionen.

Herr Möbius: die Ampel muss installiert werden, die Verwaltung hat Fehler gemacht.

Punkt 2: Meinungen zum Thema Bürgerbeteiligung**Die Frage an die Politiker:**

Wie kann man Bürgerengagement vor Ort aufnehmen in die politische Arbeit? Wieso ist der „Bürgerhaushalt“ zuerst eingesetzt, dann aber wieder ausgesetzt worden?

Herr Roters: Wir müssen die Bürger mehr einbeziehen und eine Basisdemokratie akzeptieren und die Nähe zum Bürger suchen. Dazu gehört eine neue Bürgerorientierung und eine Einrichtung eines Bürgerbeirates bei Großprojekten.

Am Beispiel von Straßenplanungen: es sollten im Vorfeld Bürgerversammlungen abgehalten werden (von der Verwaltung einberufen) und die Bürger durch die Verwaltung über die Ziele informiert und einbezogen werden im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens.

Herr Thelen: stimmte nicht zu, wies auch auf mangelndes Personal in der Verwaltung hin.

Herr Sterck: stimmte zu, meinte die Verwaltung „sitze“ gerne Beschlüsse des Rates aus.

Herr Möbius: stimmte zu, sprach sich für eine stärkere Haftung der Verwaltung bei Fehlleistungen aus.

Herr Dr. Müser: stimmte zu und brachte noch den Punkt Bürgerhaushalt ein.

Punkt 3: Verkehrsprojekte, Planung, Lärmschutz, Umweltverträglichkeit**Die Frage an die Politiker:**

Ist der Kölner Norden das „Stiefkind“ der Stadt? Der Norden sei bisher schon durch zahlreiche Großprojekte extrem betroffen. Sollte jetzt z.B. noch der Godorfer Hafen nicht ausgebaut werden, müsste dann Niehl mit seinem Hafen noch mehr LKW-Verkehr aufnehmen?

Herr Möbius: befürwortet den Ausbau, die Gegner des Hafenausbaus in Godorf seien in der Pflicht die Frage zu erklären, wohin der zusätzliche Verkehr fließen solle.

Herr Roters: befürwortet den Ausbau des Godorfer Hafens aus gesamtstädtischen Gesichtspunkten. Er fordert eine Neuorganisation des Niehler Hafens, nicht hafen-affine Nutzungen müssten minimiert werden.

Herr Thelen: ist gegen den Ausbau des Godorfer Hafens, weist auf noch freie Kapazitäten hin im Deutzer Hafen, im Hafen Niehl selber und auf das geplante HGK-Terminal in Niehl.

Herr Dr. Müser: gab zu bedenken, dass 80% der Unternehmer im Niehler Hafen nicht hafen-affin sind und somit durch Neuorganisation genügend Platz geschaffen werden kann und dadurch der Ausbau den Godorfer Hafens nicht notwendig ist. Die HGK verweigere sich seit Jahren einer ernsthaften Diskussion, die Politik würde dies zulassen.

Herr Sterck: ist gegen den Ausbau des Godorfer Hafens. HGK hätte aber bisher nie darlegen können, dass der Godorfer Hafen wirtschaftlich ist.

Die Frage an die Politiker:

Erweiterung der Thematik durch die Frage nach der Rolle der HGK-Bahnlinie in Longerich, Niehl usw., insbesondere steigende Lärmbelästigung, fragwürdiger Bestandsschutz für z.B. bereits ca. 1920 genehmigte Bahnstrecken

Herr Sterck: wird das Problem Lärmschutz an der Bahnlinie der HGK in die Bezirksregierung bringen.

Es bestand eine einheitliche Meinung, dass dieses Thema unter Berücksichtigung aller Möglichkeiten z.B. Flüsterschotter diskutiert werden soll. Weiterhin bestand Einigkeit, dass einen Einfluss auf die HGK als Träger geltend machen müssen.

Es bestand Einigkeit, dass solche Entscheidungen unter der Berücksichtigung der Abwägung von Ökonomie und Ökologie erfolgen muss.

Thematik HGK und Lärmschutz

Herr Roters: Befürworter des Lärmschutzes auch im Punkte S-Bahn/ Escher Str.. Von der Politik her gibt es eine Lärmschutzforderung an die HGK. Die HGK muss aufgefordert werden dies in ihre Wirtschaftsbetrachtung einbeziehen.

Herr Möbius: die HGK ist eine städtische Gesellschaft und die Politik muss die Auflagen machen.

Weitere Verkehrsprojekte im Zusammenhang mit der Umweltverträglichkeitsprüfung

Die Frage an die Politiker:

Was ist mit weiteren größeren Straßenbauprojekten wie

a) Boltenssternstraße, b) Gürtelausbau, c) Militärring 4-spurig, d) Weiterbau äußere Kanalstraße zum Niehler Ei?

Herr Thelen:

Äußere Kanalstr.: es gibt keine Planung, Geestemünder Str. soll teilweise 4 spurig ausgebaut werden, gegen einen Gürtelausbau, weil zusätzlicher Verkehr angezogen wird, Sebastianstr. in Niehl kein Durchgangsverkehr = Einbahnstraße

Herr Möbius: Zu d) keine Planung, zu c) keine Notwendigkeit gegeben, b) befürwortet die CDU

Herr Sterck: Äußere Kanalstr. derzeit keine aktuelle Planung, dies sei Zukunftsmusik.
Der Gürtelausbau sollte erfolgen

Herr Müser: forderte in dem Zusammenhang ein Gesamtverkehrskonzept und eine Umweltverträglichkeitsprüfung und weist darauf hin, dass die integrierte Raumanalyse im Herbst kommt und auf dieser Grundlage die Entscheidungen getroffen werden sollen.
Der Gürtelausbau soll erfolgen, 30 km Beschränkung auf der Neußer Str funktioniert nicht
Die Industriestraße sollte man belassen und das Niehler Ei umbauen, Äußere Kanalstr. gibt es keine Planung

Herr Roters:

Die integrierte Raumanalyse, das Gesamtverkehrskonzept und die Umweltverträglichkeitsprüfung in großem Umfang sollte zügig umgesetzt werden. Der Ausbau des Gürtels ist abzuwägen
Äußere Kanalstr. gibt es keine Planung, kein Bedarf, auch nicht zu c)

Der 4 spurige Ausbau des Militärrings wurde einvernehmlich abgelehnt

Anliegen der Besucher, Fragen aus dem Publikum

a) obwohl der Lindweiler Weg nunmehr nur für Anwohner ausgeschildert sei, fahren jede Menge Lkws durch, ein Anwohner fordert Polizeikontrollen am Lindweiler Weg.

b) Lärmschutz an der Granitzer Str.

c) Herr Grosch: Bis wann haben wir das Gesamtverkehrskonzept?

Wie gelangt der Schwerlastverkehr an das Container-Terminal an der Geestemünder Str.?

Herr Thelen:

Will Ausdehnung der Umweltzone bis in den Kölner Norden, will ein LKW-Führungskonzept. Zu a) will bessere Information der Fahrer und Speditionen, bessere Beschilderung.

Herr Sterck:

Am Lindweiler Weg muss die Beschilderung und die Lenkung des Verkehrs verbessert werden. Es sollte keine Ausdehnung der Umweltzone geben. Ein Gesamtverkehrskonzept gibt es, es muss aber geändert werden und wird in den Verkehrsausschuss eingebracht.

Im Rahmen Lärminderung an der Granitzer Str. soll der alles blockierende Bestandsschutz der HGK diskutiert werden.

Herr Dr. Müser:

Im Rahmen des Schwerlastverkehrs soll eine Diskussion mit den Speditionen zwecks Aufklärung geführt werden und dadurch eine Beeinflussung erfolgen.

Die HGK beschränkt ihre Taten auf das gesetzlich notwendige und muss von der Politik beeinflusst werden.

In Niehl sollten Lärmschutzwände oder andere Maßnahmen zu passiven Schutz errichtet werden.

An der Rheinuferstr. sind 4 Schadstoffmessstationen, die auch anderswo installiert werden

Herr Roters:

Es sollten Gespräche mit der Polizei geführt werden und Aufträge für gezielte Überprüfungen erfolgen.

Das Gesamtverkehrskonzept sollte so schnell wie möglich erstellt, geändert werden und er versuche dies zu beschleunigen. Zu a) er hat gute Erfahrungen gemacht mit „Ordnungspartnerschaften“ vor Ort.

Herr Möbius:

Es ist zu überlegen ob man im Rahmen des Konjunkturpaketes 2 der Bundesregierung Gelder für Lärmschutz Maßnahmen erhält.

Zu a) Nach seiner Information hat sich der Verkehr aufgrund der Infrastrukturmaßnahmen (im Rahmen Ansiedlung von IKEA) um 4000 Einheiten am Lindweilerweg pro Tag verringert.

Anliegen der Besucher, Fragen aus dem Publikum

- a) **Herr Zinkel : welchen Stellenwert hat die Gesundheit der Bürger, Krebsrisiko 1:1000 in Ballungsgebieten gegenüber 1:5000 in landwirtschaftlichen Gebieten. Was tut die Politik?**
- b) **Herr Liely: HGK-Terminal Niehl: woher kommt und wohin fließt der Verkehr?**
- c) **Anwohnerin aus Niehl: (Nacht-)Flugverkehr, wäre schlimmer geworden**

Herr Roters:

Zu a) Die Gesundheit der Bürger hat den höchsten Stellenwert. Wir brauchen das Gesamtverkehrskonzept und die Umweltverträglichkeitsprüfung; dazu gehören Messungen, Prognosen und Simulationen um entsprechende Planungen und Maßnahmen zu ergreifen.

Zu c) der Nachtflugverkehr wäre ein großer Standortvorteil für Köln.

Herr Möbius:

Zu c) Seit Februar 2009 gibt es die Anweisung, dass die anfliegenden Flugzeuge in der Höhe von 7000 Fuß die Getriebe abstellen müssen und in den Gleitflug übergehen bis zur Landung.

Herr Thelen:

Zu c) Die Grünen hätten sich immer schon für ein Nachtflugverbot eingesetzt, zumindest für eine Kernruhezeit von 24.00 Uhr bis 5.00 Uhr

Herr Sterck:

Zu c) will Nachtflugverbot für Passagierflugzeuge

Herr Müser:

Zu c) will Nachtflugverbot für Passagierflugzeuge

Allgemeine Meinung, dass der Kölner Norden nicht so betroffen ist wie die Ortsteile auf der anderen Rheinseite z.B. Ostheim. Weiterhin wurde die Flughafengesellschaft gelobt, dass sie mehr im Bezug auf Lärmschutz tut als der Gesetzgeber fordert. Weiterhin wurde die schwierige Abwägung zwischen Schutz der Bevölkerung und Arbeitsplätze hervorgehoben.

Herr Roters: er ist für die Nachtfluggenehmigung aus wirtschaftlichen Gründen und der Ansiedlung von Unternehmen.

Anliegen der Besucher, Fragen aus dem Publikum

- a) ein Betroffener sieht durch den Nachtflugverkehr und den Lärm Artikel 2 Grundgesetz (Schutz für Leib und Gesundheit) missachtet
- b) ein Bürger fragt, ob Herr Roters alle Projekte im Kölner Norden stoppen werde, bis alle entsprechenden Gutachten vorliegen würden?
- c) Ein Anwohner spricht bzgl. Fluglärm über Schallschutzmaßnahmen für Anwohner

Herr Möbius: zu a) der Flughafen würde schon mehr als gesetzlich notwendig machen in Sachen Gesundheitsschutz der Bürger...

Herr Sterck: zu a) es wäre immer eine Abwägung Ökologie/Gesundheit zu Ökonomie

Anliegen der Besucher, Fragen aus dem Publikum

Rennbahnbebauung, Verkehrsberuhigung, müssen Spielplätze in das Gesamtverkehrskonzept eingebunden werden.

- a) Anwohnerin zur Bebauung der Rennbahn
- b) Anwohner zu Fahrzeugen „Kölner Flitzer“ in Longerich
- c) Anwohner zu Militärring, will Sperrung für Lkws in Wohngebieten
- d) Anwohner zu Frage, ob Spielplätze (Hin- und Zuwege) als Bestandteil eines Verkehrskonzeptes zu sehen sind
- e) Anwohnerin mit einer Meinung zur Rennbahnbebauung
- f) Anwohner zu seinen Erfahrungen mit der „Ampelfee“, diese hätte sich auf seine Anfrage über zwei Jahre nicht bei ihm gemeldet
- g) Herr Zinkel verweist auf die Kumulation der Luftverschmutzung aufgrund einer Vielzahl von Verkehrsprojekten im Kölner Norden

Herr Dr. Müser: keine Bebauung des Rennbahngeländes

Herr Sterck:

Zu g) es wäre immer eine Abwägung Ökologie/Gesundheit zu Ökonomie

Zu b) er selbst wäre nicht im Familienbetrieb tätig...

Zu d) er ist dafür

Zu a) keine Bebauung des Rennbahngeländes

Herr Thelen: Zu a) keine Bebauung des Rennbahngeländes, Pachtvertrag mit Rennverein hätte Aussicht auf lange Laufzeit, zu g) verweist darauf, dass man politische Mehrheiten bräuchte um was zu ändern...

Zu d) ist dafür, die städtischen Mittel hierfür von € 50.000,- auf € 500.000,- aufzustocken

Herr Roters: Zu a) keine Bebauung des Rennbahngeländes, Zu d) Grundsätze: Tempo 30 in allen Wohngebieten, Beruhigter Verkehr als Ziel, Führungskonzept für Lkws, Schleichverkehr muss unterbunden werden. Er will mehr Radarkontrollen einführen.

Herr Möbius:

Zu g) es wäre immer eine Abwägung Ökologie/Gesundheit zu Ökonomie und verweist darauf, dass die Luft früher doch noch schlechter war (Kohlekraftwerke bei Ford und bei den Clouth-Werken)

zu f) den Ärger versteht er.

Ende der Veranstaltung: ca. 22.15 Uhr